

Betreff: AW: Sanktionen gegen Russland und die Lage der Russlanddeutschen in Russland

Von: Peter Beyer MdB <peter.beyer@bundestag.de>

Datum: 08.10.2020, 10:45

An: Volksrat der Russlanddeutschen <volksrat-rd@gmx.de>

Sehr geehrter Herr Triller,

vielen Dank für Ihre E-Mail und Ihr beigefügtes Schreiben vom 27. September 2020.

Ich habe mir als Stellvertretender Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag erlaubt, Ihr Anliegen an die zuständigen Stellen weiterzuleiten. Auch von dort erhalten Sie eine Antwort auf die zahlreichen, von Ihnen angesprochenen Punkte.

Die Solidarität mit den Russlanddeutschen, deren Familien wegen ihrer Volkszugehörigkeit ein besonders schweres und lang andauerndes Kriegsfolgenschicksal zu erleiden hatten, ist seit Jahrzehnten eines der zentralen Anliegen der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Deshalb haben meine Kollegen und ich uns stets für die von Ihnen vertretene Gruppe stark gemacht. Uns ist die enorme Integrationsleistung sowohl von Seiten der Aussiedler als auch der Mehrheitsgesellschaft bewusst. Wir sind stets für die Unterstützung der Deutschen, die als nationale Minderheiten in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion leben, eingetreten und haben dabei die Zusammenarbeit mit den Regierungen ihrer Herkunftsländer gesucht.

Ich verstehe Ihre Sorgen. Dennoch sollte gerade die Gruppe der Russlanddeutschen die Haltung der EU nachvollziehen können, denn die "Causa" um den Kremlkritiker Alexej Nawalny steht exemplarisch für eine Vielzahl an Verstößen gegen das Völkerrecht. Auch die Gruppe der Russlanddeutschen hat Ungerechtigkeit, Verfolgung und Enteignung erfahren müssen. Menschenrechte sind das höchste Gut. Der russische Staat verletzt die Menschenrechte seiner Bürger regelmäßig. Allein im Jahr 2019 musste Russland deshalb nach Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) mehr als 13 Millionen Euro an Strafen bezahlen. Die Richter in Straßburg bemängeln immer wieder die fehlerhafte Arbeit russischer Gerichte und Ermittler, die international wegen Behördenwillkür in der Kritik stehen.

Im Fall Nawalys haben die Straßburger Richter des Gerichtshof für Menschenrechte bereits in der Vergangenheit mehrfach Verletzungen festgestellt. Die meisten Nawalny-Urteile hat Russland bislang nicht umgesetzt. Die katastrophale Lage der Menschenrechte auf der Krim und die fehlende Unabhängigkeit der Justiz in Russland und der Umgang mit Regimegegnern kann von der EU nicht weiter hingenommen werden. Es besteht dringender Handlungsbedarf - der Weg über mögliche Sanktionen kann einer davon sein.

In jedem Fall gilt es den abgeschnittenen Gesprächsfaden zwischen den Parteien Russland und EU wieder zusammenzuführen. Und dies ist dringend geboten, denn aus unserer Sicht ist es besser mit Moskau zu reden, mit Russland in der Staatengemeinschaft am Tisch zu sitzen, als den Kontakt abzubrechen.

Wenn ich richtig informiert bin, liegt Ihnen bereits eine Antwort des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat vom 5. März 2020 vor, in der Ihnen der Sachverhalt zur Einführung der sog. "Deutschen Karte" geschildert wurde. Weitere Informationen erhalten Sie von unserer Gruppe.

Ich hoffe, dass ich Ihnen die aktuelle Situation darlegen konnte und hoffe vor diesem Hintergrund auf Ihre Solidarität.

Für ein persönliches Gespräch stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Beyer
Mitglied des Deutschen Bundestages

Kontakt:
PETER BEYER | Mitglied des Deutschen Bundestages
Kordinator für die transatlantische Zusammenarbeit der Bundesregierung

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Tel: +49 30 227-71551 | Fax: +49 30 227-76551
peter.beyer@bundestag.de | www.peter-beyer.info
Fb: peterbeyerMDB | Insta: peterbeyerbundestag | Tw: Peter_Beyer

Wahlkreis-Büro Velbert | Friedrichstraße 140a | 42551 Velbert
Tel: +49 2051 801040 | Fax: + 49 2051 801042

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Volksrat der Russlanddeutschen [<mailto:volksrat-rd@gmx.de>]

Gesendet: Sonntag, 27. September 2020 21:39

An: Peter Beyer MdB <peter.beyer@bundestag.de>

Betreff: Sanktionen gegen Russland und die Lage der Russlanddeutschen in Russland

An Herrn Peter Beyer

Vizevorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: 030/227-71551

Email: peter.beyer@bundestag.de <<mailto:peter.beyer@bundestag.de>>

27.09.2020

An alle Mitglieder des Bundestages

Betreff: Sanktionen gegen Russland und die Lage der Russlanddeutschen in Russland

Sehr geehrter Herr Beyer,

im Zusammenhang mit den geplanten Sanktionen gegen Russland schicke ich Ihnen unseren Brief über die Lage der Russlanddeutschen in Russland (Sehen Sie im Anhang).

Da heute die Anschuldigung an der Vergiftung Alexej Nawalnijs von Deutschland ausgehen, wird die deutschfeindliche Stimmung in Russland zweifelslos wieder stark zunehmen, was neue Repressionen gegen die Deutschen nach sich ziehen wird.

Und darum werden sich im Falle neuer Sanktionen gegen Russland auch die Beziehungen zwischen den Ländern verschlechtern, was die Deutschstämmigen ganz schnell zu spüren bekommen. Daher bitten wir Sie bei der Einführung dieser Maßnahmen alle Nachteile für Deutsche in Russland zu berücksichtigen und soweit es irgend möglich ist, die Aufnahme der Russlanddeutschen in die historische Heimat Deutschland - zu erleichtern.

Mit freundlichen Grüßen

Andrej Triller

Vorsitzender des Volksrates der Russlanddeutschen,

Mitglied der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland

[<http://www.avg.com/email-signature?utm_medium=email&utm_source=link&utm_campaign=sig-email&](http://www.avg.com/email-signature?utm_medium=email&utm_source=link&utm_campaign=sig-email&)

[utm_content=emailclient>](http://www.avg.com) Virenfrei. www.avg.com <http://www.avg.com/email-signature?utm_medium=email&utm_source=link&utm_campaign=sig-email&utm_content=emailclient>